



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Bericht Ministerreise nach Afghanistan

24./25.März 2018

Nach 6 Jahren habe ich zum ersten Mal seit 2012 wieder Gelegenheit mir von der Lage vor Ort ein Bild zu machen und bin gespannt auf die Veränderungen.

Als erstes fällt schon mal auf, dass wir nicht mehr in Termez, Usbekistan zwischenlanden, um in eine Transall umzusteigen. Wir fliegen mit der Delegation in der geschützten Regierungsmaschine der Luftwaffe direkt nach Mazar.

Hintergrund für die Veränderung ist einmal die erpresserische Einstellung des usbekischen Machthabers, wenn es um die durch Deutschland zu zahlenden Gebühren ging und zum anderen der Ausbau des Flughafens im Camp MARMAL in Mazar, auf dem jetzt auch größere Flugzeuge problemlos landen können.

Außerdem hat Deutschland seit dem Ende von ISAF kaum noch eigenes Fluggerät in Afghanistan. Die Bundeswehrangehörigen sind überwiegend auf den Transport durch amerikanische Maschinen angewiesen. Dass deren Flüge allerdings sehr flexibel und nicht auf den Tag genau geplant werden führt bei den deutschen Soldatinnen und Soldaten zu großem Unmut.

Mazar e Sharif 25.03.(TAAC-N)

Gesprächspartner:

COM TAAC-N, Brigadegeneral Wolf-Jürgen Stahl

Generalkonsul, Dr. Robert Klinke

COM 209.ANA Corps. GenMaj Mobeen



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

COM 707. Polizeizone, GenLt Baba Jan

Angehörige RS Support Mission, Polizisten GPPT,

Zivilbevölkerung: Wajida Azizi, Hayatullah Jawad, Nawid Barat

Politische Lage:

Der bisherige Provinzgouverneur Atta Noor hatte sich in der Nordallianz mit dem ehemaligen Warlord Dostum (im türkischen Exil) und anderen gegen die Nationale Einheitsregierung in Kabul gestellt und wurde vom Präsidenten abgesetzt. Nachdem er sich seiner Absetzung länger widersetzt hatte, gab es kürzlich eine politische Einigung und sein Nachfolger wird in Kürze eingesetzt. Es wird damit gerechnet, dass Atta bei den Präsidentschaftswahlen nächstes Jahr antreten wird.

Es gibt erhebliches Konfliktpotential zwischen der Nordallianz und der Einheitsregierung. Die Loyalität der afghanischen Soldaten im Norden würde im Streitfall eher bei Atta liegen als bei Präsident Ghani.

Der Mohnanbau hat im Norden erheblich zugenommen und die Mohnanbaugebiete decken sich im Wesentlichen mit den von den Taliban beherrschten Gebieten.

Resolute Support Mission:

Die Sicherheitslage ist zwar nach wie vor kritisch, aber der Tiefpunkt von 2015, nach dem Abzug der ISAF Truppen soll überwunden sein.

Inzwischen konnten die Taliban keine Provinzstädte mehr erobern und man spricht von einer Patt Situation, die aber nur durch weitere Unterstützung der afghanischen Kräfte zu halten sei. Eine Bereitschaft der Taliban zur nationalen Versöhnung sei nach wie vor nicht erkennbar.

Unter deutscher Verantwortung sind insgesamt 1700 multinationale Kräfte aus 21 Nationen in Mazar stationiert, davon 850 Deutsche.



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Davon allerdings sind nur 100 Advisors im eigentlichen Sinne der Mission „Train, Advise and Assist“ (TAA) mit der Beratung der afghanischen Kräfte beschäftigt.

Und auch diese 100 Advisors (davon 35 Deutsche) konnten bislang ihre Arbeit mangels Unterstützungskräften nicht voll (es war von 50 % die Rede) ausüben. Deshalb wurde die Mandatsgrenze in der letzten Woche erhöht, so dass im Norden künftig insgesamt etwa 1000 deutsche Soldatinnen und Soldaten stationiert sein werden. Von den 100 Advisors werden künftig auch wieder eine Handvoll (bis zu 10) dauerhaft in Kunduz sein, was auf der Grundlage des bisherigen Mandats nicht möglich war.

In Kunduz werden die Berater allerdings nur „inside the wire“ tätig sein und das Camp PAMIR (bei dem es sich nicht um das ehemalige Camp der Bundeswehr handelt) nicht verlassen. Mit den Unterstützungskräften werden dann etwas 180 internationale Kräfte dort sein.

Insgesamt stellt das Zahlenverhältnis von Beratern und Unterstützungskräften die Effizienz und Verhältnismäßigkeit der Mission doch sehr in Frage.

Insgesamt fünf leitende Berater stellen uns ihre jeweiligen Bereiche vor. Die Beratungen finden an 16 verschiedenen Orten im Norden statt.

Zunächst fahren die militärischen Berater täglich in das afghanische Camp SHAHEEN, zu den afghanischen Soldaten des 209.ANA Corps.

Daneben gibt es temporäre Teams, sogenannte Expeditionary advisory package (EAP), die für einige Tage ein afghanisches Camp besuchen, wie kürzlich erst in Maimanah.

Es gibt desweiter die Berater für die Polizeikräfte, die rechtsstaatliche Strukturen vermitteln wollen und ausgerechnet von einem türkischen Advisor geführt werden. (Es wird uns versichert, dass alle mit diesem Advisor sehr zufrieden sind – trotzdem eine etwas skurrile Vorstellung.)

Daneben besteht völlig unabhängig von Resolute Support Mission noch die langjährige bilaterale Polizeiausbildung, die im Police Training Center



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

in Mazar stattfindet. Man kooperiert miteinander – mehr nicht. Die einzige Unterstützung, die das Militär für die deutschen Polizeiausbilder leistet, ist die Unterbringung im Camp MARMAL.

Eine Einheit von 68 Leuten (davon 6 deutsche Berater) haben eine Media Center für Öffentlichkeitsarbeit der Militärrmission aufgebaut, die vom BMVg finanziert wird.

Eine Einheit für „military engineering“ berät die ANA dabei, militärische Infrastruktur aufzubauen und zu sichern (Team von 8 Soldaten).

Die Kommandeure der ANA selbst und die der Polizei schildern uns die kritische Lage und bitten um weitere Unterstützung.

Die ANA arbeitet eng mit der Border Police zusammen. Sie werden tagtäglich vom Gegner angegriffen und gerade auch die Polizei hat tägliche Verluste und Tote zu erleiden, weil sie zu wenig schwere Waffen hätten. Die Taliban versuchten den zentralen Highway im Norden zu blockieren und die Provinzen voneinander zu trennen. Dennoch sei es ANA und Border Police gelungen die „Freedom of move“ zu sichern.

Es wird deutlich, dass die Polizei Seite an Seite mit der Armee gegen die Taliban kämpft und wenig mit einer zivilen Polizei gemein hat.

Es gibt inzwischen eine afghanische Luftwaffe, die eigene Lufteinsätze fliegt und über Personal von 400 Leuten verfügt. Es gibt Flugzeuge A 29 und Hubschrauber MD 350 F. In den nächsten Jahren sollen Black Hawk dazu kommen, wofür sich bereits Piloten im Ausbildungstraining befinden.

Die Bundeswehr verfügt im Norden nach wie vor über die Spezialkräfte, die sogenannte TF 47, die einigen Kollegen und mir noch aus dem Kunduz- Untersuchungsausschuss von 2010 bekannt sind.

Die Spezialkräfte sind mit der Ausbildung von Polizeispezialkräften beauftragt.

Das halte ich für wenig hilfreich, weil es die Grenzen von Polizei und Armee weiter verschwinden lässt. Auf der anderen Seite ist die Unzufriedenheit der Kommandospezialkräfte (KSK) mit der wenig



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

robusten Art Ihres Auftrages ein überzeugender Beleg dafür, dass die Grenze des aktuellen Mandats der Bundeswehr auch in der Praxis nicht überschritten wird. Ausbildung und Beratung sei schließlich nicht das wofür sie trainiert und ausgebildet worden seien.

Von einer Vertreterin der Zivilgesellschaft erfahren am Ende noch, dass der Zugang zum Recht gerade für Frauen immer noch nicht gewährleistet ist und die Menschen nach wie vor eher den Weg zu den Shura-Gerichten wählen als zu den staatlichen Gerichten. Der Polizei wird nach wie vor wegen der hohen Korruption wenig vertraut.

Kabul:

Gesprächspartner:

DEU Chef des Stabes RS, GenLt Langenegger

Botschafter Haßmann

COM RS Gen John Nicholson

Staatspräsident Ghani

Verteidigungsminister Bahrami

Regierungsvorsitzender Abdullah

VertreterInnen von GIZ, Welthungerhilfe, Caritas, UNAMA, GPPT, IMO

Die Anreise erfolgt mit dem Flugzeug zum militärischen Flughafen Kabul. Von dort bewegen wir uns mittels Hubschraubern der US Armee zum NATO Hauptquartier, weil die Fahrt durch die Stadt mit einer Fahrzeugkolonne nicht sicher genug eingestuft wird.

Der Führungsstab der Mission Resolute Support besteht aus 1000 Leuten aus 39 Nationen. Die Beratung des Verteidigungsministeriums erfolgt unter der Führung eines US-Beraters und die des Innenministeriums unter



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Führung eines britischen Advisors. Die knapp 10 deutschen Advisors werden vor allem im Bereich des Innenministeriums eingesetzt.

Die afghanische Regierung hat im Kampf gegen die Korruption gerade einen Großteil der Polizeichefs abgesetzt, um den jungen, besser ausgebildeten Kräften eine Chance zu geben.

Auch der oberste Kommandeur, US General Nicholson sieht es sehr kritisch, dass die afghanische Zivil Polizei nach wie vor vom Militär ausgebildet wird. Es fehlten dringen zivile Polizeiausbilder.

Um die Trennung von Polizei und Armee zu schärfen habe man die kämpfenden Polizeieinheiten jetzt in die Armee überführt.

Außerdem habe man ein Rentensystem für Polizeibeamte eingeführt und das Rentenalter von 70 auf 62 reduziert (was immer noch über der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt...)

Positiv verlaufe der Aufbau der afghanischen Luftwaffe, die bereits 50 % der Einsätze selber fliege.

Auf Nachfrage zur Rolle Russlands im Norden berichtet er, dass Russland die Nordallianz unterstützen würde und seine Truppenpräsenz in Tadschikistan verstärken würde.

Russland habe der afghanischen Regierung angeboten den Kampf gegen IS im Norden zu unterstützen, was diese aber abgelehnt habe.

Die Präsenz von IS im Norden würde von den Russen aus seiner Sicht überwertet. Es gäbe dort keinesfalls Hundertschaften, sondern einige einzelne Gruppen. Die Finanzierung aus Syrien würde nicht mehr funktionieren und erfolge jetzt nur noch über lokale Steuern.

IS und Taliban bekämpfe sich gegenseitig. Der IS nehme die Taliban in religiöser Hinsicht nicht ernst und betrachtet sie schlicht als Drogendealer.

Auf Nachfrage zur US Operation Freedom Sentinel (OFS) verweist er auf eine bilaterale Vereinbarung zwischen USA und AFG. Es gäbe eine strikte Trennung zu RS. Der Antiterrorkampf von OFS sei allerdings notwendig,



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

damit RS überhaupt seinem Auftrag nachkommen könne. Begründung für OFS sei die hohe Präsenz terroristischer Gruppen in AFG.

Die beiden „Top targets“ seien IS und Al Quaida. Die Al Quaida seien keine Afghanen, sondern Araber.

Mich erinnert das an die Parallelität von ISAF und OEF. Ob der Antiterrorkrieg mit bewaffneten Drohnen und einer hohen Zahl ziviler Opfer wirklich geeignet ist das Vertrauen zu erhöhen und die Verhandlungsbereitschaft der Taliban herbei zu führen bezweifle ich.

Präsident Ghani begrüßt uns mit einem ergreifenden Dank an das deutsche Volk, indem er an die 54 Gefallenen erinnert und uns bittet, ihren Familien seine Grüße zu übermitteln.

Er beschreibt den Vierjahresplan von 2016 und spricht über das Friedensangebot an die Taliban, dass er im letzten Jahr unterbreitet hat:

Waffenstillstand und Anerkennung der Verfassung AFG gegen Immunität, Anerkennung als Partei und Freilassung von Gefangenen

Immerhin hätten die Taliban das Angebot bislang nicht ausdrücklich abgelehnt. Sie bestehen offiziell allerdings immer noch auf direkten Verhandlungen mit den USA, weil sie die afghanische Regierung nicht anerkennen.

Es gelte die Verfassung zur gelebten Realität zu machen, gerade auch was die Stellung der Frauen betrifft („constitutional reality“).

Die Zukunft gehöre der jungen Generation: „War is carried by the old generations. We lost 2 generations to war.“

Er setzt Hoffnung in die wirtschaftliche Entwicklung und betont die bereits erreichten Fortschritte, bspw. bei der Elektrifizierung des Landes und dem Bau neuer Bahnstrecken.

In der Tat ist nicht zu leugnen, dass sich die Zahl der Schulkinder seit 2001 verachtfacht hat und die Kindersterblichkeit erheblich zurückgegangen ist. Auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser soll



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

verbessert worden sein – sogar in Kabul mit seinen inzwischen 5 Mio Einwohnern.

Auch Ghani betont erneut, wie wichtig es sei, eine zivile Polizei aufzubauen und dass sie an einer besseren Trennung von Polizei und Armee arbeiten.

Frieden mit den Taliban würde einen regionalen Konsens voraussetzen, weshalb er eng mit den Nachbarstaaten im Gespräch sei.

Insgesamt macht der Präsident einen sehr überzeugenden und klugen Eindruck, auch wenn uns gegenüber immer wieder angemerkt wird, dass er über wenig Durchsetzungskraft verfügt.

Der Verteidigungsminister hingegen ist sehr schwach, so dass aus dem Gespräch keine relevanten Erkenntnisse zu ziehen waren. Ich hatte doch die Erwartung, dass bei all der internationalen Unterstützung gerade im militärischen Bereich dort jemand ins Amt gebracht würde, der in der Lage ist die Interessen des Landes gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu vertreten! Aber offensichtlich spielten bei der Besetzung dieses Posten andere, für Außenstehende nicht erkennbare Kriterien eine größere Rolle.

Interessant hingegen ist das Gespräch mit dem Regierungsvorsitzenden der Einheitsregierung (national unity government) Abdullah.

Auch bei ihm wird vermutet, dass er bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr gegen Ghani antreten wird.

Er beginnt mit einer klaren Kritik am ehemaligen Präsidenten Karzai und betont, dass sich das Verhältnis zur internationalen Gemeinschaft seit 2014 doch deutlich verbessert habe.

Auch er betont die regionale Dimension des Friedensprozesses. Pakistan würde leider immer noch die Taliban faktisch unterstützen, auch wenn offiziell anders kommuniziert würde.

Man müsse es schaffen, die Taliban so zu spalten, dass wenigsten ein relevanter Anteil zu Friedensverhandlungen bewegt werden könnten.



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Nach den Interessen Pakistans befragt verweist er auf die lange Tradition der Beziehungen zwischen Pakistan und den Taliban und auf den Konflikt mit Indien um die Kaschmir Region.

Zum Ende haben wir noch Gelegenheit mit zivilen Vertretern von Caritas, Welthungerhilfe, GIZ, GPPT (Polizei) und UNAMA zu sprechen.

Dass gerade auch die drei Frauen unter ihnen in privaten Wohnung in der Stadt wohnen und leben und in der Lage sind ihre Projekte auf dem Landweg zu besuchen wirft nochmal ein anderes Licht auf die Situation für uns, die wir uns nur mit Helm, Sicherheitsweste und Hubschrauber in der Stadt bewegen. Botschafter Haßmann, der bereits für das Krisenmanagement bei Entführung von Deutschen verantwortlich war hält das allerdings für unverantwortlich.

Unstreitig ist aber, dass anders ein sinnvolle Entwicklungs- und Aufbauhilfe nicht mehr sinnvoll erbracht werden könnte. Genau da liegt das Dilemma des internationalen Engagements in Afghanistan.

Fazit:

Auch nach den Erkenntnissen dieser Reise bleibe ich bei der Ablehnung des aktuellen Mandates. Ich habe aber dafür eine bessere Vorstellung wie eine Unterstützung durch Deutschland stattdessen aussehen könnte.

Die Effektivität der derzeitigen Beratung im Rahmen von RS steht außer Verhältnis zu dem Aufwand für Eigensicherung und Infrastruktur. Ich würde es begrüßen, wenn Deutschland sein Alleinstellungsmerkmal bei der Ausbildung ziviler Polizei in den Vordergrund stellen würde. Sollte dazu dann ein Anteil militärischer Absicherung erforderlich sein wäre das zu unterstützen. Bisher beschränkt sich allerdings die militärische Unterstützung der Polizeiausbilder auf die Unterbringung im Camp Marmal, die nicht zwangsläufig einen deutschen Militäreinsatz erfordert.

Der afghanischen Armee könnte ohne Mandat weiterhin Ausstattungshilfe gewährt werden. Die Entwicklungshilfe ist fortzusetzen und findet ja auch jetzt bereits teilweise ohne militärische Unterstützung statt.



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Ganz unabhängig von der Lage in Afghanistan überdehnen die derzeit 16 Auslandseinsätze ganz offensichtlich die Leistungsgrenzen der Bundeswehr. Um überhaupt noch eine Wirkung im Sinne der Aufträge erzielen zu können wäre es dringend erforderlich Prioritäten zu setzen.

An vorderster Stelle wäre m.E. auf die Einsätze zu verzichten, für die es keinerlei UN Mandat gibt: Syrien und Irak. An dritter Stelle käme die Beteiligung an Resolute Support, ohne damit auszuschließen, dass bei der weiteren Unterstützung des Landes nicht auch ein militärischer Anteil enthalten sein könnte, sofern dies für eine nachhaltige Strategie erforderlich sein sollte.